Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 82. **Donnerstag** den 14. Februar 1901. 95. Jahrgang.

Die amerikanischen Voranschläge für den Marineetat 1901/02 und der deutsche Flottenplan.

A. M. C. Die deutsche Presse hat Notiz davon genommen, daß an Neubauten für die amerikanische Marine pro 1901 gefordert werden sollen:

2 Linienschiffe,
2 Panzerkreuzer,
6 Kanonenboote,
einige Flußfahrzeuge und Specialschiffe.

Ein bekanntes, der deutschen Flottenvergrößerung wenig sympathisch gegenüberstehendes Berliner Blatt hat diesem Voranschlag das Wörtchen „nur" vorgesetzt, wahrscheinlich um darauf hinzuweisen, wie bescheiden man in Amerika im Gegensatz zu Deutschland ist.

Etatsvoranschläge müssen immer mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Die Nachrichten darüber fließen meist spärlich und bedürfen in jedem Falle einer sorgsamen Prüfung.

Keinesfalls darf etwa aus der oben erwähnten Neuforderung geschlossen werden, daß die Vereinigten Staaten ihr offenkundiges Ziel, sich eine erstklassige Flotte zu schaffen, aufgegeben hätten oder daß sie mit ihren Plänen im Rückstande sind.

Eine etwas eingehendere Betrachtung soll das zeigen: Es befanden sich Ende 1900 für die Marine der Vereinigten Staaten im Bau (Report of the Secretary of the navy):

5 erstklassige Linienschiffe,
(„Illinois", „Wisconsin", „Maine", „Missouri", „Ohio"),
4 Küstenpanzerschiffe (Monitors),
(„Arcansas", „Nr. 8", „Florida", „Wyoming"),
6 große Kreuzer,
(„Denver", „Des Moines", „Chattanooga", „Galveston", „Tacoma", „Cleveland"),

ferner 31 Torpedobootszerstörer und Boote und 7 Unterseeboote.

Des Weiteren sind soeben vergeben worden, bezw. werden Anfang 1901 vergeben werden:

5 erstklassige Linienschiffe,
(„Rhode Island", „Virginia", „Pennsylvania", „New Jersey", „Georgia"),
6 Panzerkreuzer,
(„Maryland", „Colorado", „South Dakota", „California", „Nebraska", „West Virginia""),
3 große geschützte Kreuzer,
(„Charleston", „Milwaukee", „St. Louis").

Man ersieht hieraus, daß die Amerikaner äußerst thätig bei dem Ausbau ihrer Flotte sind. Wenn die oben aufgeführten Schiffe erst jetzt in Angriff genommen werden, obwohl die Mittel schon früher bewilligt wurden, so liegt dies daran, daß einmal die amerikanischen Werften voll besetzt waren und großartige Erweiterungsbauten jetzt erst fertig geworden sind, und dann, daß zwischen Regierung und Panzerplatten-Fabrikanten eine Preiseinigung nicht zu erzielen war.

So erklärt sich auch, warum für 1901 „nur" 2 Linienschiffe und 2 Panzerkreuzer gefordert werden. Nämlich deswegen, weil alle Werften mit den Bauten, die aus schon früher bewilligten Mitteln bestritten werden, vollauf zu thun haben.

Es muß sogar als zweifelhaft erachtet werden, ob die neugeforderten Schiffe im Jahre 1901 noch auf Stapel gelegt werden können. Allenfalls könnte hinsichtlich der Höhe des Marineetats noch in Betracht kommen, daß das Gesammtbudget durch die Armeevergrößerung und die Subventionsvorlage zur Hebung der Schifffahrt (36 Millionen Mark) bereits stark in Anspruch genommen ist.

Hiernach werden die folgenden Zahlen über Etatsverhältnisse verständlicher werden.

Es werden gefordert pro 1901
87 172 630 Doll. = 366 125 054 ℳ,
(der deutsche Etatsvorschlag sieht pro 1901 in Summa 200,77 Millionen Mark vor).

Die Bewilligungen für die amerikanische Marine betrugen

1899/1900	1900/1901
49 205 070 Doll.	65 130 917 Doll.,

daraus ergiebt sich von 1899/1900 bis 1901/02, also in 3 Jahren, eine Steigerung der Gesammtausgaben für die Flotte um 38 000 000 Doll. = 159 600 000 ℳ.

Naturgemäß fällt der größte Theil der Summe, um die der diesmalige Etatsvoranschlag die letztjährigen Bewilligungen übersteigt, auf Schiffsneubauten. Es werden pro 1901/02 für Neu- und Umbauten gefordert:

33 347 917 Doll. = 140 061 351 ℳ.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß sich der Geldbedarf thatsächlich auf über 40 Millionen belaufen wird, von denen jedoch eine gewisse Summe aus früheren Bewilligungen zur Verfügung steht.

Eine sehr erhebliche Vermehrung soll auch der Posten „Pay of the navy" erfahren. Es sind diesmal 2,3 Millionen Dollar gleich 9,6 Millionen Mark ausgesetzt. Diese Etatserhöhung erklärt sich aus einer beabsichtigten Personalvermehrung um 200 Officiere, Deckofficiere und 5000 Mann.

Bei dem Mangel an jeglicher Reserve muß man in Amerika besonders darauf bedacht sein, den Mannschaftsbedarf dem Flottenausbau entsprechend zu beschaffen.

Es soll dies nicht ganz leicht sein. Schon jetzt zeigt sich häufig ein Mangel an wirklichen Seeleuten, so daß man dazu übergegangen ist, Nichtseeleute einzustellen und auszubilden. Hiermit hängt eine weitere Mehrforderung für den nächsten Etat zusammen, wodurch 300 000 Doll. für Zwecke der Anwerbung und Ausbildung von Nichtseeleuten gefordert werden.

Der zielbewußte Ausbau der amerikanischen Flotte in Verbindung mit den industriellen und commerziellen Aspirationen der Amerikaner erfordert jedenfalls unsere volle Aufmerksamkeit. So verlautet aus Zeitungsnachrichten, daß die Entsendung eines dritten Admirals nach Ostafrika bevorstehe. Die Organisation der dortigen amerikanischen Streitkräfte soll sich so gestalten, daß der Oberbefehlshaber Station in Manila nimmt und unter ihm 2 Contreadmirale stehen, deren einer das Philippinen-Geschwader, der andere ein China-Japan-Geschwader befehligt.

Für die Richtigkeit dieser Angabe spricht, daß der Marineminister dringend die Schaffung permanenter Viceadmiral- und Admiralsstellen empfiehlt, die die amerikanische Marine bisher nicht besaß.

Auf die Bestrebungen der Amerikaner, sich Kohlenstationen zu schaffen, ist in der deutschen Presse neulich schon hingewiesen. Es verlautet auch, daß in den Philippinen eine starke Marinestation angelegt und dort ein neues großes Dock gebaut werden solle.

Wenn sich nach allem diesen ein viel gelesenes Berliner Localblatt „privatim" aus Washington melden läßt, „Deutschlands Entschließung, schon i. J. 1906 anstatt 1916 mit der geplanten Verstärkung seiner Kriegsschiffe fertig zu werden, habe auf die regierenden Kreise großen Eindruck gemacht", so ist sein Berichterstatter doppelt dupirt worden. Einmal ist von einer derartigen Beschleunigung des für Deutschland unerläßlichen Flottenausbaues nichts bekannt — dies zeigt der dem Reichstag vorliegende Etat —, und andererseits sorgen die Amerikaner gründlichst dafür, daß ihre schon vor dem deutschen Flottengesetz von 1900 begonnene Flottenvergrößerung keinen Stillstand erleidet.

Der Krieg in Südafrika

Die südafrikanische Bilanz des Lord Roberts.

Feldmarschall Roberts übereicht dem englischen Volke durch Vermittelung des Londoner Kriegsamtes eine gewissenhafte und detaillirte Abrechnung über die Periode des südafrikanischen Feldzuges, während welcher er den Oberbefehl über die Operations-Armeen führte. In der officiellen „London Gazette" nehmen die zusammengestellten Depeschen und Auseinandersetzungen des Feldmarschalls nicht weniger als 152 Druckseiten ein und werfen ein scharfes Licht auf manche Begebenheiten, auf viele Einzelheiten des Krieges, die bisher nur mangelhafte oder gänzlich falsche Erklärung gefunden hatten. Im Großen und Ganzen findet sich nicht allzu viel Schmeichelhaftes und Rühmenswerthes in diesem Convolut von historischem Material, besonders wo gewisse Unterbefehlshaber des Lord Roberts in Frage kommen. Gleich zu Anfang constatirt Roberts: „Es existirte überhaupt gar kein organisirtes Transportwesen, als ich bei der Armee anlangte, und das bis dahin angewandte System wäre wohl für Friedensmanöver gut genug gewesen, aber nicht für die nothwendigen ausgedehnten Operationen. Deshalb mußten Lord Kitchener und ich uns zunächst dafür entscheiden, ein in der gehörigen Weise organisirtes Transport-Departement zu schaffen." — Das läßt allerdings tief blicken und bedarf keines weiteren Commentars.

Am schlechtesten in der ganzen Veröffentlichung kommt der famose General Sir Redvers Buller fort, denn Lord Roberts stellt ihm in ziemlich unverblümter Sprache das ärgste Armuthszeugniß aus, das einem „Feldherrn", und noch dazu einem solchen vom Schlage Buller's, zu Theil werden kann. — Es handelt sich dabei natürlich in der Hauptsache um die Buller'schen Versuche, das belagerte Ladysmith zu entsetzen. Roberts stellt zunächst fest, daß General White unter den vorliegenden Umständen correct handelte, als er sich entschloß, Ladysmith zu halten, anstatt bis hinter die Tugela zurückzugehen. Als White nun einmal wie eine Maus in der Falle saß, war es bekanntlich die nächste Aufgabe Buller's, die Tugela-Linie zu forciren und die Boeren zur Aufgabe des strategisch und anderweitig hochwichtigen Puncies Ladysmith zu zwingen. — Am 6. Februar vorigen Jahres telegraphirte nun Buller an den Feldmarschall, daß, „wenn er den Feind an einer von beiden Flanken zurücktreiben wollte, um so seiner eigenen Artillerie den Zugang zur Ebene von Ladysmith zu verschaffen, er mindestens 2000 bis 3000 Mann zu opfern haben würde, wobei dann der Erfolg immer noch zweifelhaft bliebe." Das war die Buller'sche Auffassung von der Situation und echt Buller'scher „Elan". — Er hielt es thatsächlich für nöthig, bei seinem Vorgesetzten anzufragen, ob die 12 000 Mann eines anderen Generals, die außerdem große in Ladysmith angehäufte Kriegsvorräthe gesichert hielten, dadurch gesichert werden dürften, daß er selbst etwa ein Fünftel seiner Streitmacht aufs Spiel setzte. Er bewies dadurch, natürlich auf das Schlagendste, daß er die hohe Wichtigkeit und Bedeutung der ihm zugetheilten Operationen durchaus nicht erfaßt hatte. Wellington opferte im April 1812 in wenigen Nachtstunden 378 Officiere und 4500 Mann, um die Festung Badajoz zu stürmen, weil er sie nehmen mußte, und am Tage von Mars-la-Tour wurde eine ganze Cavalleriedivision nahezu vollständig aufgeopfert, um eine kurze Stunde Zeit für andere Truppen zu gewinnen. Aber solche und ähnliche Beispiele schienen für den selbstbewußten problerischen General Buller nicht zu existiren, und so mußte Lord Roberts ihm die kurze und barsche Antwort senden, daß „Ladysmith unter allen Umständen, auch eventuell zu den veranschlagten Kosten an Mannschaften entsetzt werden müsse." — Roberts fügt noch wörtlich hinzu: „Ich drängte Sir Redvers Buller, aufzuharren und ersuchte ihn, seinen Truppen klar zu machen, daß die Ehre des Reiches in ihren Händen läge." — Ob Buller sich trotz seines sturmmachigen Selbstbewußtseins wohl etwas geschämt hat, als er so auf seine Pflicht und diejenige seiner Truppen hingewiesen wurde?? — Nach seinem späteren Verhalten in Südafrika und in England scheint dies allerdings nicht der Fall gewesen zu sein. — Und dieser selbe General führt heute noch eines der wichtigsten Obercommandos in dem größten englischen Heerlager zu Aldershot!

Eine andere für Lord Roberts selbst durchaus nicht schmeichelhafte Angelegenheit, die auf sein so oft gepriesenes Gerechtigkeitsgefühl ein häßliches Licht wirft, giebt der Feldmarschall mit geradezu verblüffender Naivität kund. Es war bei Paardeberg, wo Cronje mit seinen 4000 tapferen Boeren 12 Tage lang einer mehr als zehnfachen Uebermacht Stand hielt und einen Parlamentär mit der Bitte ins englische Lager sandte, einen 24stündigen Waffenstillstand zu bewilligen, damit er seine Todten begraben und seine Verwundeten verbinden könne. Roberts befand sich gerade in Jacobsdal und traf erst wieder in der Front ein, als der Waffenstillstand bereits seit drei Stunden in Kraft war. — „Sobald ich von diesem Arrangement hörte, widerrief ich dasselbe sofort und befahl unverzüglich ein allgemeines scharfes Bombardement der feindlichen Stellung." — Den besten Commentar zu diesem unerhörten Treubruch liefern wohl einige Zeilen, die ein anständiges englisches Blatt, der „Morning Leader", darüber bringt: „Was würde man im Beiblatte von einem Manne sagen, der einen einfältigen Vertrag, welchen sein berufener Vertreter abschließen, nicht einhielte? Im Ostlichen würden die Gesichter einem solchen Manne eine bessere Moral und bessere Sitten beibringen. Und wir reden noch von Ritterlichkeit in Kriegszeiten!!"

Roberts dringt noch eine andere Affäre zur Sprache, die ihm durchaus nicht zur Ehre gereichen kann. General Gatacre hatte einen Theil seines Corps in Dewetsdorp Rationirt, wo derselbe wohl aufgehoben geblieben wäre, wenn nicht der Feldmarschall den ausdrücklichen Befehl gegeben hätte, das Detachement zurückzuziehen. — „Gatacre rief die Abtheilung auf meinen Befehl zurück, und auf dem Wege zum Hauptcorps wurde dieselbe dann gefangen genommen, bevor Hilfe eintreffen konnte." — Die Roberts'schen Truppen standen in größerer Nähe, aber trotzdem traf sein Entsatz zu spät ein, um das Unglück zu verhüten. Der Feldmarschall hält es jedoch nicht der Mühe werth, eine Erklärung für dieses doppelte Versagen der von ihm persönlich angeordneten Bewegungen zu geben. Er scheint das nicht nöthig zu haben, und — General Gatacre mußte für diese Gefangennahme seiner Abtheilung büßen und in Ungnade nach Hause gehen.

Von besonderem Interesse ist auch noch ein Rapport des Generals Hunter an den Oberbefehlshaber, worin auf den scandalösen Umstand hingewiesen wird, daß „unsere sämmtlichen Landkarten mehr als unbrauchbar und geradezu eine Gefahr und fortwährende Quelle von schwersten Irrthümern für unsere Truppen sind." — Ob und wie solch' schweren Mißständen abgeholfen wurde, darüber sagt Roberts nichts, wie denn auch schwerlich jemals in der Geschichte moderner Kriege ein Feldherr ein abfälligeres Urtheil über seine Feldarmee und — sich selbst gefällt hat.

Deutsches Reich.

f. **Leipzig**, 13. Februar. (Die Socialdemokratie als Blutrichter.) Die „Sächs. Arbeiterztg." ist höchst unzufrieden damit, daß die Bluthat von Mörchingen nicht auch einen blutigen Abschluß gefunden hat. Sie erblickt darin, daß der Oberleutnant Rüger nicht zum Tode, sondern zu 12 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere verurtheilt worden ist, eine juristische und sociale Ungerechtigkeit. Sie erklärt: „Das Auffälligste an dem Proceß ist das Urtheil, die außerordentliche Milde. Auf Mord setzt das Strafgesetzbuch die Todesstrafe, und so sehr wir auch ihr Gegner sind: so lange sie angewendet wird, muß Gleichheit für die Mörder gefordert werden, einerlei, ob sie den Arbeiterkittel oder „des Königs Rock" tragen. Und ein Mord liegt zweifellos vor . . ." Gesetzt, ein „Mann im Arbeitskittel", der nicht vor die militärischen, sondern vor die bürgerlichen Gerichte gehört, hätte die gleiche That unter gleichartigen Umständen und aus gleichartigen Beweggründen (Oberleutnant Rüger fürchtete bekanntlich, daß sein Bruder, der Familienvater ist, von Hauptmann Adams im Duell getödtet werden würde) begangen, wie wäre dann der Proceß verlaufen? Er wäre nicht vor die Strafkammer, sondern vor das für Capitalverbrechen maßgebende Schwurgericht gekommen. Dort aber wäre sicherlich veranlaßt worden, daß bei der Fragestellung durch den Vorsitzenden nicht nur die Frage aus § 211 (Mord), sondern auch aus § 212 (Todtschlag) gestellt worden wäre. Ja, unter den obwaltenden Verhältnissen wäre sogar höchstwahrscheinlich, und gar nicht mit Unrecht, die Frage aus § 213 (mildernde Umstände für den Todtschläger) gestellt worden. Zweifellos würden alsdann die Geschworenen die Frage aus § 211 abgelehnt und mindestens die Frage aus § 212, vielleicht aber auch die aus § 213 bejaht haben. Demgemäß würde alsdann der Missethäter zu einigen Jahren Zuchthaus, vielleicht sogar nur zu einigen Jahren Gefängniß verurtheilt worden sein. Es ist ja bekannt, daß gerade weil auf dem Morde die Todesstrafe steht, die Geschworenen, wenn irgend möglich, § 211 ablehnen und § 212 bejahen, auch in Fällen, wo die Beurtheilung der That als Mord juristisch mindestens ebenso selbstverständlich ist wie hier und die That aus weniger verzeihlichen Motiven hervorgegangen ist, als hier. Wenn also die „Sächs. Arbeiterztg." aus dem Urtheile des Kriegsgerichts zu Metz folgern will, daß die gesetzliche Gleichheit für den Arbeiter und den Officier nicht bestehe, so ist diese Folgerung grundfalsch.

✠ **Berlin**, 13. Februar. (Die nationalpolnische Agitation und die polnische Socialdemokratie in der Ostmark.) Die Generalcommission der socialdemokratischen Gewerkschaften beklagt sich in ihrem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht auf das Bitterste über die Leiter der polnischen Socialdemokratie. Letztere haben sich nicht nur geweigert, die „Gazeta Robotnicza" nach Posen zu verlegen und damit die Herausgabe eines polnischen Gewerkschaftsblattes zu erleichtern, sondern sie treten auch der von den Gewerkschaften und der Berliner socialdemokratischen Parteileitung in der Ostmark betriebenen Agitation direct entgegen. Das geht aus einem Flugblatte der polnischen socialdemokratischen Führer unzweideutig hervor; darin wird nämlich u. A. Folgendes gesagt:

„Die Agitation der einzelnen Personen, welche ausgesandt sind in die polnischen Provinzen und erhalten werden durch die deutsche Partei, hat augenscheinlich das Ziel, diese Organisationsbewegung zu Gunsten der deutschen Partei in sich aufzunehmen; sie streben, durch ihre Arbeit die Fühlung des polnischen Proletariats mit den übrigen polnischen Ländern zu zerreißen. Anders gesagt, haben die deutschen Genossen nichts gegen das „Selbstbestimmungsrecht" im Verhältniß zu anderen Ländern, aber zu den Polen in Preußen sind sie doch anderer Meinung. Wir haben hier zu thun mit einer Art Hakatismus in socialistischer Ausgabe. Wenn auch officiell internationale Socialisten, werden sie doch zur Verwirklichung des polnischen socialistischen Parteiprogramms, das heißt zur Unabhängigkeit Polens, eine Hand nicht anlegen, das bedeutet, daß die deutschen Genossen auf diesem Puncte mit uns nicht solidarisch sind."

Anstatt dieses offene Bekenntniß zum Landesverrath zu brandmarken, bemerkt die Generalcommission nur beiläufig, daß die moderne Arbeiterbewegung „nicht neue Staatsformationen schaffen will!" Mit um so größerem Nachdruck wird betont, weder die Gewerkschaften, noch die Berliner socialdemokratische Parteileitung dächten an Germanisirungsversuche, es sei alles ein „erbärmliches Unternehmen", der polnischen Parteileitung, wenn sie die Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung verdächtige. Solche Scheltworte werden ihren Eindruck bei der polnischen Socialdemokratie nicht weniger verfehlen, als die Versicherung nationaler Passivität. Die polnischen „Genossen" lassen sich zwar die moralische und materielle Unterstützung der deutschen „Genossen" ebenso gefallen, wie die polnische Bourgeoisie die gleiche Unterstützung des Centrums nicht zurückweist. Aber an den Verzicht auf die Verwirklichung des polnisch-socialistischen Parteiprogramms, d. h. der Unabhängigkeit Polens, denkt die polnische Socialdemokratie ebensowenig, wie die polnische Bourgeoisie aus Rücksicht auf das Centrum sein großpolnisches Ideal aufgiebt. Daß aus dieser nationalen Geschlossenheit der Polen in Deutschland nicht die Consequenzen gezogen werden, ist beschämend und gefährlich zugleich.

⊙ **Berlin**, 13. Februar. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 28. Januar, wonach zum Erwerbe der Berechtigung für den Subalterndienst, für die bisher die Abschlußprüfung gefordert wurde, fortan die einfache Versetzung nach Obersecunda genügt.

C. H. **Berlin**, 13. Februar. (Privattelegramm.) Die Berliner Polen beschäftigten sich heute in einer zahlreich besuchten Versammlung mit der Jugenderziehung. Alle Redner erklärten, daß trotz der Schließung polnischer Schulen in Berlin Alles angewandt werden müsse, um den polnischen Kindern die Kenntniß der polnischen Muttersprache und nationalen Geschichte beizubringen.

— Um als Hilfsmittel für wirthschaftliche Zwecke und Verhandlungen ein möglichst vollständiges und correctes Verzeichniß der im Reiche zur Vertretung wirthschaftlicher Interessen bestehenden Vereine zu erhalten, veranstalten die einzelnen Bundesstaaten auf Veranlassung der Reichsregierung Erhebungen über derartige Vereine. Dem Verzeichniß liegt ein Schema zu Grunde mit folgender Eintheilung: 1) Wirthschaftliche Vereine für die Industrie, a. Vereine für einzelne Berufszweige, b. Vereine für mehrere Berufszweige; 2) Wirthschaftliche Vereine für den Handel; 3) Vereine für Handel und Industrie. Dabei werden von den Vereinen zur allgemeinen Vertretung wirthschaftlicher Interessen die Cartelle (Syndicate) besonders geschieden.

— Die beiden Botschafter Fürst Radolin und Graf Alvensleben, die sich seit Kurzem hier aufhielten, sind der „Köln. Ztg." zufolge nach Homburg v. d. Höhe gereist, um sich dort vor Antritt ihrer neuen Stellungen in Paris und Petersburg beim Kaiser zu melden.

* **Mogilno**, 12. Februar. Der hiesige Landrath Tonze hat auf eine Beschwerde des Vorsitzenden des polnischen Sokolvereins, von Paruszewski, gegen das polizeiliche Verbot der Veranstaltung einer Theatervorstellung folgenden Bescheid ertheilt:

„Die Beschwerde Euer Hochwohlgeboren vom 17. d. M. wegen des Verbots einer Theateraufführung des Vereins durch die hiesige Polizeiverwaltung weise ich, nachdem ich sie geprüft habe, als unbegründet zurück. Eigener Angabe zufolge wollen Sie für die Vorstellung ein Eintrittsgeld erheben, und es ist keine Beschränkung auf einen engeren Personenkreis in Aussicht genommen. Ein derartiges öffentliches Hervortreten Ihres Vereins halte auch ich im Interesse der öffentlichen Ordnung nicht für zulässig und zwar ebensowohl mit Rücksicht auf die politische Tendenz der Sokolvereine überhaupt, über die bei den Polizeibehörden vollkommene Klarheit herrscht, als auch mit Rücksicht auf die starke Spannung der nationalen Gegensätze, insbesondere, wie sie sich gerade jetzt in Mogilno bemerkbar macht. Den Inhalt des Theaterstücks, das übrigens mir gar nicht vorgelegen hat, lasse ich dabei ganz außer Betracht."

Die Polen wollen diesen Bescheid anfechten.

⊙ **Homburg**, 13. Februar. (Telegramm.) Zu der gestrigen Tafel beim Kaiserpaare waren, wie der „Taunusbote" meldet, außer dem Gefolge geladen: Fürst Loewenstein mit Töchtern, Prinz Schönburg-Waldenburg, Graf v. Bülow, Kriegsminister v. Goßler, Generaladjutant von Kessel, der aus Konstantinopel hier eingetroffen ist, um dem Kaiser Bericht über die feierliche Enthüllung des dem Sultan verehrten Brunnens zu erstatten, Gymnasialdirector Schulze und Baurath Jacobi. — Heute Vormittag 9 Uhr unternahm der Kaiser mit Gefolge einen Spaziergang durch den Curpark. Später hörte der Kaiser Marinevorträge. Für heute Nachmittag ist ein Ausflug nach Friedrichshof geplant.

SRK. **Karlsruhe**, 12. Februar. Heute Nachmittag ertheilte der Großherzog in Gegenwart des Ministers von Brauer dem großherzogl. sächsischen außerordentlichen Bevollmächtigten Geheimrath und Oberkammerherrn Freiherrn von Rotenhan eine feierliche Audienz, um sich im Auftrage des Großherzogs von Sachsen das Ableben des Großherzogs Karl Alexander und den Regierungsantritt des Großherzogs Wilhelm Ernst anzeigen zu lassen. Der großherzogl. Abgesandte wurde später auch von der Großherzogin empfangen.

Oesterreich-Ungarn.

v. Körber's Programmrede.

* **Wien**, 13. Februar. (Telegramm.) Die meisten Blätter heben die große programmatische Bedeutung der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten hervor und weisen auf den guten Eindruck hin, den die Erklärung im Hause gemacht habe. Das entwickelte Arbeitsprogramm beweise vollgiltig den festen Willen der Regierung, das Haus zu einer ernsten Thätigkeit zu führen. Die überwiegende Mehrzahl der Blätter äußert sich in sehr befriedigter Weise über das gestrige Exposé des Finanzministers und betont die Erfreulichkeit des Umstandes, daß das Budget Mehrausgaben von 50 Millionen Kronen für Gehälter und Löhne der Staatsangestellten ohne Störung des Gleichgewichts habe ausbalciren können. Einzelne Blätter finden die Darlegungen des Finanzministers zu optimistisch und vermissen darin eine Aeußerung über das Verhältniß zu Ungarn.

SLUB
Wir führen Wissen.